Dresden, 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfge., durch die Post 1 Mark 75 Pfge. Excl. Kaiserl. Stempel 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme entweder: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Invalidendank", — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 4 Uhr, 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Die Monatsrate für 4x Wochenzeilen: pr. Kistengasse Nr. 5 bis Mittag. Größe. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandte die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns Unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Das Bankgeschäft von **Koppel & Co.** befindet sich Schloss-Strasse 19, Ecke der Sporergasse.

Nacht-Telegramme.

Frankreich. Rochefort greift im „Mot d'Ordre" den Polizeipräfekt heftig an, weil sein Sohn bei der Sonntagsdemonstration von den Polizisten Säbelhiebe erhielt.

Gent. In Folge von Wettern fand in einer hiesigen Pulverfabrik eine Explosion statt und sind bis jetzt zehn Todte aufgefunden worden.

Charles Buck, pract. Zahnkünstler, Reitbahnstrasse 32, I. Et.

Künstliche Zähne werden von mir auf vervollkommnete Art angefertigt, dass nicht nur das Einsetzen gänzlich schmerzlos, sondern diese von mir gefertigten Piecen in jeder Beziehung die natürlichen Zähne ersetzen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben liegen zur Durchsicht aus.

Nr. 151. Witterung vom 29. Mai: Barometer nach Oster Bisch, Mittag. 19 (Abds. 7 U.) 710 Mill., seit gestern 5 Millim. gestiegen. Thermometerstg. n. Reaum.: 11¼° M., niedr. Temp. 6⅝° M., höchste 17½° M. Nordwestwind. Morgens trübe, Gewitterregen, Nachmitt. heiter. Aussichten für den 30. Mai: Wolkig bis trübe, später theilweise aufklärend, keine wesentlichen Niederschläge.

Sonntag, 30. Mai.

Politisches.

Seit Jahren hat den preußischen Landtag kein Berathungsstoff von größerer Bedeutung und Tragweite beschäftigt, als die Vorlage über die kirchenpolitische Diktatur. Ueberfüllte Tribünen, Preise bis zu 100 Mark für einen Zuhörerplatz, spaltenlange Zeitungstelegramme u. dergl. m. sind nur die äußerlichen Merkmale des Interesses, welches das Publikum diesen hochernsten Landtagsverhandlungen entgegenträgt. Allgemein ist das Gefühl: Preußen steht vor einem Wendepunkte seiner ganzen inneren Entwickelung. Und da die Lebensbedingungen Preußens naturgemäß die gesammten Verhältnisse Deutschlands auf's Tiefste beeinflussen, so ist alle Welt überzeugt, daß der Ausgang der jetzigen parlamentarischen Aktion in Berlin die folgenschwersten Rückwirkungen auf das Gesammtvaterland ausüben muß. Dieser Schluß ist richtig. Es fehlt zwar auf der parlamentarischen Bühne eine der Hauptpersonen: Fürst Bismarck hält sich von dem Abgeordnetenhause fern, in dem er als preußischer Ministerpräsident zu erscheinen berechtigt ist. Aber anwesend oder nicht — Verlauf und Schlußabstimmungen über die Kirchenvorlage ziehen seine fernerweite Wirksamkeit in die innigste Mitleidenschaft. Einigermaßen entschädigt die fortlaufende Veröffentlichung seiner und seiner Gehilfen Noten und Depeschen für seine persönliche Abwesenheit. Vollständig ist freilich das Material an Aktenstücken, das Fürst Bismarck veröffentlicht, lange nicht. Seine Mappe enthält gewiß noch manches interessante Dokument über die brennende Frage. Namentlich aber fehlen alle entsprechenden Aktenstücke, welche von der Gegenseite, der römischen Curie, erflossen sind, so daß noch immer kein volles Licht auf die Verhandlungen zu Kissingen, Gastein und Wien fällt. Aber so deutlich ist das Licht doch, zu erkennen, daß beide Parteien, die preußischen Staatsmänner und die Prälaten Roms, gegenseitig von tiefstem Mißtrauen erfüllt sind. Jeder Theil verlangt Garantien für die Ausführung des geäußerten guten Willens, jeder Theil fordert den andern auf, Vertrauen zu hegen und einen Anfang zu machen, regelmäßig giebt der andere dem ersten die Aufforderung zum Vortritt zurück. Bei solchem Mißtrauen müssen die Verhandlungen, schleppen sie sich auch Jahre lang hin, resultatlos verlaufen oder zu ihren Ausgangspunkten zurückkehren. Endlich ist Prinz Reuß, der Botschafter in Wien, mit seinem Latein zu Ende, Cardinal Jacobini ebenfalls, dem Fürsten Bismarck reißt jetzt die Geduld und das Kampffeld wird aus der Diplomatie ins Parlament verlegt.

Der erste Tag der Debatten führte den preußischen Cultusminister ins Gefecht. Herrn v. Puttkamer ist unbedingt Glauben zu schenken, daß er um wirkliche Beendigung des Streites, bei dem Religion und Moral gleichmäßig Schaden leiden, ehrlich bemüht ist. Puttkamer drückt nur den Willen seines königlichen Herrn aus, dessen christliches Gewissen es nicht mehr erträgt, daß in Folge der Falk'schen Staatsgesetze Millionen seiner katholischen Unterthanen ohne die Tröstungen ihrer Religion bleiben, nach der sie verlangen. Puttkamern folgte sein Amtsvorgänger Falk. Er schmettert die lustige Kriegstrompete; Fortsetzung des Culturkampfes ist sein Loosungswort, die Diktaturvorlage erscheint ihm als gründlich verfehlt; preußische Zähigkeit gegen römische Zähigkeit ist sein bekanntes Rezept. Dr. Falk sprach mit ungewöhnlichem Pathos und in tiefer Ergriffenheit. Als er darlegte, wie mächtig ihn gerade Pflichtgefühl und Gewissen zur Verwerfung des Gesetzes trieben, betheuerte er die Aufrichtigkeit seiner Gefühle durch den Ausruf: „Bei Gott!" Ein Sturm ging durch das Haus. „Pfui! Pfui!" donnerte es aus den Reihen des Centrums, „Bravo!" replicirte die Linke und bleich, zitternd vor Erregung sah Falk der leidenschaftdurchtobten Scene zu. Es dauerte einige Minuten, ehe er die Ruhe wieder gewann. Windthorst war der dritte bedeutendste Held des Kampfes. Aber er sprach nicht kampfesfroh wie sonst, sondern mehr resignirt. Er hofft nicht mehr das Ende des Culturkampfes zu erleben, er glaubt nicht mehr auf seinem Sterbebette den Trost zu haben, den verhängnißvollen Kampf beendigt zu sehen. Jedoch er verzweifelt nicht an der Sache, der er dient. Voller Entrüstung wendet er sich gegen den Versuch, das Centrum als politische Partei zu sprengen. Preußen fordere den Papst auf, sich in weltliche Dinge zu mischen und dem Centrum Gehorsam gegen die Regierung aufzulegen. Das sei eine unerhörte Zumuthung. Und nun sprach er das stolze Wort aus:

„Ein solcher Papstbefehl würde auch ganz erfolglos bleiben, denn so unbedingten Gehorsam das Centrum dem Papste in kirchlichen Dingen schulde, so wenig habe der Papst ihm in weltlichen Dingen Vorschriften zu machen."

Damit traf Windthorst den Nagel auf den Kopf. Die diplomatischen Actenstücke, so unvollständig sie sind, haben eine Illusion grausam zerstört: daß der „Kulturkampf" ein Befreiungskampf vom geistlichen Joche, von römischer Fremdherrschaft sei; sie enthüllten, daß er nur dazu dienen sollte, eine Parlamentspartei, die den vierten Theil der Mandate des deutschen Volks inne hat, unter das ministerielle Joch zu bringen. Wenn der Papst wirklich die Macht hätte, die deutschen Katholiken in allen politischen Fragen nach seiner Pfeife tanzen zu lassen — der Papst hätte längst gepfiffen. Es könnte, wie die „Frankf. Ztg." darthut, keine größere Schande für Deutschland geben, als wenn der Papst die Gewalt hätte, zu leisten, was ihm zugemuthet wird: den Vertretern des vierten Theils des Reichstages ihre politischen Abstimmungen vorzuschreiben um den Preis kirchlicher Zugeständnisse. Damit würde Roms Oberherrschaft über das politische Denken und Handeln von Millionen deutscher Bürger dargethan sein. Das Gegentheil ist wahr. Das Centrum bleibt in politischen Dingen unabhängig von Rom wie von Bismarck. Die Dictaturvorlage wird gewiß vom Landtage verworfen. Das ist nicht schade. Ein Ende des Kulturkampfes würde sehr rasch eintreten, wenn Preußen die wirklich religions- und moralverderblichen Bestimmungen der Maigesetze beseitigte. Dann wird sich der Papst fügen. Er hat zwar seit der Reformation kein einziges kirchenpolitisches Gesetz gebilligt, er hat sogar den westfälischen Frieden verworfen, aber die Staaten haben sich an den päpstlichen Widerspruch nicht gekehrt und der Papst hat sich wohl oder übel einzurichten gewußt. So könnte es auch in Preußen gehen, wenn man nicht die Nebenabsicht hätte, politische Zwecke zu erreichen und über 100 Reichstagsabgeordnete zu willenlosen Jasagern herabzudrücken. Schon der Stolz sollte einen deutschen Staatsmann abhalten, einen italienischen Oberpriester um Hilfe anzurufen, die Unterthanen der Krone Preußen auf rein politischen Gebieten zu beeinflussen.

Obwohl die europäischen Mächte die Reise Göschen's nach Konstantinopel mit Mißtrauen betrachten, wird sie doch eine Nachconferenz in Berlin am 15. Juni zur Folge haben. Das Mißtrauen Europas ist nur zu gerechtfertigt. Was bewegt England, die beschleunigte Zerstörung des Türkenreiches auf die Tagesordnung zu setzen? Denn darauf läuft die großspurige Action Gladstone's hinaus. Die Türkei ist in einem unaufhaltbaren Zersetzungsprozeß begriffen. Keine Macht der Erde vermag ihn aufzuhalten. Aber zweierlei ist es, diesen Prozeß sich naturgemäß entwickeln zu lassen oder ihn zu beschleunigen. Es ist reiner Humbug, wenn England noch von der Möglichkeit von Reformen in der Türkei spricht. Dieses Märchen glaubt Niemand mehr. Es verstecken sich also hinter dem Reformgeschwätz der Whigs und der Sendung Göschen's geheime Pläne. England will im Trüben fischen. Hat das Auftauchen des Colonisationsplanes von Deutschland auf Borneo genützt, in England den Länderhunger nach der blühenden Elephanteninsel zu wecken, so ist es klar, daß England, welches sich als den natürlichen Erben des kranken Mannes in Europa und Asien betrachtet, nur deshalb die orientalische Frage wieder aufrührt, um dabei seine egoistischen Sonderinteressen zu befriedigen. Der Staatsbankerott der Türkei steht nahe bevor — lasse Europa ihn sich vollziehen. Griechen, Montenegriner und Armenier beanspruchen Stücke der Türkei — lasse Europa sie sich holen. Die elementaren Kräfte sind jetzt in Bewegung und die nächste Zukunft der Balkanhalbinsel gehört dem Ringen der Stämme miteinander. Die Menschlichkeit mag vor dieser Zukunft erschrecken und sich nach Mitteln umsehen, wie dem voraussichtlich blutigen Wirrsal vorzubeugen ist; aber die Diplomatie wird diese Mittel schwer ausfindig machen. Sie wird warten müssen, bis thatsächliche Entscheidungen vorliegen; aber es ist nicht zu denken, daß diese Entscheidungen einen so raschen Gang nehmen werden, um bis an die Mauern von Konstantinopel vorzudringen. Erst in diesem Falle würde die orientalische Frage wieder die allgemeine Sorge Europas mit dem Anspruche einer definitiven Lösung. Von der Berliner Nachconferenz der Diplomaten erwarten wir daher keine Beruhigung Europas, vielmehr das Gegentheil. Auch in Frankreich folgt man besorgten Blicks der Sendung Göschen's, der in Paris ebenso zugeknöpft gethan hat, wie in Wien. Europa sollte den Stämmen der Ballaninsel, die vom Türkenjoch loskommen wollen, sagen: Help yourself! den ländergierigen Engländern aber, die mit Rußland sich in die Türkei theilen möchten, das zurufen, was Gladstone den Oesterreichern bei ihrem Vordringen nach dem ägäischen Meere zurief: Hands off! — die Hände weg!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 29. Mai. Das Abgeordnetenhaus setzt die Berathung der Kirchenvorlage fort. Die Tribünen sind Anfangs gegen gestern nur schwach besetzt, finden doch heute die große Kaiserparade, die den Abschluß der militärischen Veranstaltungen der vergangenen Woche bildet, statt und die Mehrzahl Derer, die frei über ihre Zeit verfügen können, stellt sich lieber das glänzende militärische Schauspiel an, anstatt über die Nothwendigkeit der Maigesetze streiten zu hören. Frhr. v. Seckly eröffnet die Diskussion. Von einem wirklichen Frieden, von einer Beendigung des Kulturkampfes könne für jetzt wie für lange Zeit nicht die Rede sein, oder der Staat müßte sich den römischen Forderungen pure unterwerfen. Aber das Prinzip der Gewissensfreiheit sei ein unveräußerliches, das nicht aufgegeben werden könne. Unter Falk sei der Kampf mit unerschütterlicher Konsequenz geführt worden; aber es sei Zeit, die Mißstände, die sich herausgestellt (zerrüttete Seelsorge), zu beseitigen, ohne jedoch der Staatsautorität etwas zu vergeben. Es handle sich um Herstellung einer Waffenruhe. Die Vorlage stehe ganz auf dem Boden des bekannten Ministerialbeschlusses, sei also keineswegs ein „Weg nach Canossa". Die Wiederherstellung der geordneten Seelsorge sei davon abhängig zu machen, daß der katholische Klerus sich in dem, was nicht das innerste Wesen der katholischen Kirche selbst berührt, dem Staate unterwirft. Und ein Papst, dem das Seelenheil seiner Heerde am Herzen liege, werde seine Zustimmung dazu geben. Kultusminister v. Puttkamer: Falk habe die Vorlage den Weg nach Canossa genannt, Windthorst meinte, mit derselben würde die Kirche mit gebundenen Händen der Omnipotenz des Staates überwiesen. Daraus schließe er, daß die Vorlage den richtigen Mittelweg einschlage. Sie wolle eine Ausführung der Maigesetze ermöglichen, welche den Wünschen der katholischen Mitbürger entspricht. Windthorst habe sich ganz auf den päpstlichen Standpunkt gestellt. Er sage: der Papst sei der Regierung mit ausgestreckten Händen entgegen gekommen. Die Regierung habe allerdings eine ausgestreckte Hand des Papstes gesehen; aber diese Hand war nicht ausgestreckt zum Geben, sondern nur zum Nehmen (Heiterkeit). Redner weist nach, daß die katholische Kirche früher die Grundsätze der Maigesetze vollkommen anerkannt habe. Man solle nicht immer sagen: „Das kann sich die Kirche nicht gefallen lassen" — die Kirche lasse sich Manches gefallen. Er wendet sich dann gegen Dr. Falk. Die Grundpfeiler der Maigesetze würden durch die Vorlage keineswegs erschüttert. Er strebe nach einer milden und schonenden Praxis der bestehenden Gesetze; er habe damit eine gewisse Beruhigung in den Gemüthern erreicht. Die milde Praxis seit einem Jahre, die übrigens schon unter Falk begann, sei nicht durch das Drängen der Klerikalen erreicht; wenn durch das Drängen etwas erreicht wurde, so ist es, daß Dr. Falk aus dem Portefeuille gedrängt wurde. Nicht nur konsequentes Festhalten des als richtig Erkannten, sondern auch eine weitherzige Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Volkes sei für die Regierung nothwendig. (Beifall und Zischen.) v. Stablowsky vertritt den ultramontanen Standpunkt. Die Maigesetze hinderten die Katholiken, nach ihrer Façon selig zu werden. In den Leiden des unter preußischem Szepter stehenden polnischen Volkes, das nur die Zuchtrute zu kosten bekomme, kämen die Maigesetze noch hinzu. Dasselbe könne unmöglich den Behörden nach den gemachten Erfahrungen unbegrenztes Vertrauen entgegenbringen. 2 Millionen Katholiken seien ohne geordnete Seelsorge. Dadurch werde in religiösen Gemüthern Bitterkeit, in leichteren Elementen aber Irreligiosität erzeugt und diese führe zum Umsturz der Throne. Graf zu Limburg-Stirum (kons.) für die Vorlage, als den einzigen Weg, zu einem glücklichen Resultate zu gelangen. Er habe in den Ausführungen des Dr. Falk jede Spur einer staatsmännischen Ader vermißt. Es scheine, daß Falk nicht der eigentliche Vater, sondern nur ein geschickter Ausführer der Maigesetze war. Es sei nicht zu erwarten, daß Bismarck, der den Kampf zur Kräftigung Deutschlands aufgenommen, sein Werk nun ohne Weiteres wieder zerstören werde. Dr. Virchow: Wenn man den Vorredner höre, glaube man, die concentrirte staatsmännische Weisheit vor sich zu haben. Es gab allerdings eine Zeit, als Graf Limburg-Stirum dem Dr. Falk, bei dem er heute jede staatsmännische Ader vermißt, am meisten zujubelte. Man versuche, den Constitutionalismus als Formalität hinzustellen, das führe allerdings zu jener Diplomatie, die, weil sie es außerhalb mit allerlei Kniffen und Pfiffen zu thun habe, immer suche, ihren Mann zu übervortheilen, die an die Regeln der Moral nicht mehr gebunden. Für welchen Fall will denn die Regierung die Vollmacht? Keiner der Bischöfe werde kommen und sagen: ich sündige. Es scheine ihm, daß es sich mehr um ein äußeres Gefecht handele. In den Depeschen des Reichskanzlers wird Alles vom Verhalten des Centrums abhängig gemacht. Wenn das Centrum recht viel Steuern bewilligt, die angeerbten Beeren und Pilze schütze, dann könne man mit dem Papste unterhandeln. Die Vorlage sei eine Abnormität. Es wäre des Hauses würdiger gewesen, wenn das Material dem Hause direkt mitgetheilt worden wäre, statt daß die Abgeordneten sich dasselbe aus den Zeitungen zusammensuchen mußten. Es wäre wünschenswerth gewesen, daß das Aktenmaterial vollständig vorgelegt worden wäre; das, was veröffentlicht worden, verrathe manche Lücke. Man sollte die Gedanken nicht dazu benutzen, Parteien, deren Stellung allgemein klar sei, fremden Regierungen gegenüber als „reichsfeindliche" zu denuncien, wie es der Erlaß Hohenlohe's an den Wiener Botschafter thue. Redner verliest einen früheren konservativen Wahlaufruf, sowie einen Artikel aus einer alten Nummer der „Nordd. Allg. Ztg." zum Beweise dafür, daß selbst konservativerseits die Fortschrittspartei als reichsfreundliche anerkannt wurde. (Rufe: Zur Sache! Richter antwortet dem Rufer: Sie verstehen nichts von der Sache!) Er schloß mit der Aufforderung, die Vorlage abzulehnen. Der Kultusminister v. Puttkamer erklärte, daß in der Hohenlohe'schen Depesche von keiner politischen Parlamentsfraktion gesprochen sei. Die Regierung halte sich für berechtigt, auch amtlich ihre Ueberzeugung zu konstatiren, daß die Ziele der einen oder anderen Partei direkt oder indirekt gegen das Wohl des Staates laufen. Er begreife übrigens Virchow's Erregung gegen die betr. Stelle. Virchow solle sich doch nicht den Kopf darüber zerbrechen, wie die Regierung das Gesetz ausführen werde; das werde die Regierung im geeigneten Augenblick schon selbst wissen. P. Stöcker begrüßt die Vorlage als das beste Maigesetz, da es eine Phase des Friedens in dem großen Weltkampfe mit sich führe. Die deutsche Nation verlange nach Beendigung des Kulturkampfes, der schließlich als Sturmblock gegen die christliche Weltanschauung überhaupt benutzt wurde. Es sei nöthig, daß sich zur Bekämpfung der heutigen zersetzenden materialistischen und revolutionären Tendenzen die evangelische und katholische Kirche zusammenthun. Im Zusammenhange mit dem Kulturkampfe habe der Civilstand geschadet, der zu hastig eingerichtet worden sei, so daß sich die Kirche nicht vorbereiten konnte. Für die Vorlage führte Redner an, daß Gesetze dauernde Uebelstände schützen, während Verhaltungsmaßregeln leicht wieder aufgehoben werden könnten, wenn sie sich nicht bewähren. Wenn man im heutigen Staate dulde, daß rothe Demokraten zurückkommen, um hohe Aemter einzunehmen, dann könne man auch die Rückkehr der Bischöfe dulden, ohne daß der Staat der Schwäche zu beschuldigen wäre. Wenn man den Staat zum Frieden ruft mit der Kirche, solle man auch die Kirche zum Frieden mit dem Staate rufen, damit sie ihm helfe im Kampfe gegen die soziale Gefahr. Dr. Reichensperger-Olpe nennt unter großem Hallob das Falk'sche Werk, die Maigesetze, ein Produkt des Leichtsinnes und der Unkenntniß. Falk habe als Minister nicht nach gleichem Maße bemessen, die Katholiken anders behandelt als die Evangelischen. Das Centrum sei nicht die Vertreterin der Kirche, es vertrete nur die staatsbürgerlichen Rechte der Katholiken. Es sei die schon seit Langem mit der Laterne gesuchte Mittelpartei und sei unabhängig, da es in seinen Reihen keine Stellenjäger gebe. Von einem Gange nach Canossa könne gar keine Rede sein; es hieße das die preußische Regierung verleumden. Nicht das Deutschthum habe dermaleinst den Weg nach Canossa angetreten, sondern ein sittlich verdorbener König. Dr. Gneist spricht mit langweiliger Sachlichkeit für die Vorlage, welche schließlich einer 21gliedrigen Kommission überwiesen wurde.

Der Kaiser stattete der Königin Olga von Griechenland im Kaiserhofhotel einen längeren Besuch ab.

Belgien. Ein Vertrauensmann des suspendirten Bischofs Dumont publicirt, daß Dumont neuerdings infolge des genossenen Mittagsmahles beinahe gestorben wäre.

Locales und Sächsisches.

— Der hochverdiente Director der hiesigen k. Turnlehrerbildungs-Anstalt, Herr Professor Dr. Kloß, hat von der „belgischen Commission für Förderung des Schulturnens in Tournai" ein in französischer Sprache abgefaßtes und in höchst kunstvoller Weise ausgeführtes Diplom zugeschickt erhalten, laut dessen er zum Ehrenmitgliede dieser Commission ernannt worden ist.

— Geh. Rath Theodor Meusel hat das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens erhalten.

— Der Senior des uralten sächsischen Adelsgeschlechts derer v. Bünau, der Generalmajor a. D. Rud. v. Bünau, ist auf seinem Stammschloß Elsdheim in der Lausitz gestorben. Derselbe kommandirte einst das k. Leibgrenadier-Regiment.

— Der kgl. preußische, als Zollvereinskontroleur für Sachsen thätige Steuerinspektor Baumgarten theilt uns mit, daß vor 2 Jahren die Stadtverordneten von Suhl in Thüringen den Dr. jur. Reichel aus Leipzig zum Bürgermeister gewählt haben.

— Herr Kysell, bisher Bevollmächtigter der Sächsischen Bank, ist zum ersten Vorsteher der hiesigen Geraer Bank-Agentur an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Schweinitz gewählt worden und wird seinen neuen Posten in nächster Zeit übernehmen.

— Unter den Klängen der Kapelle des Schützen-Regiments (Musikdirektor Werner) wurde gestern früh 9 Uhr die sämmtliche Dresdner Pferde-Ausstellung in den alten Reiterkasernen eröffnet. Die zu Ausstellungszwecken so trefflich geeigneten Räume sind prächtig mit Wappen und Flaggen in den Farben aller deutschen Staaten dekorirt. Die Königsloge ist weiß-grün ausgeschlagen; im Hintergrunde erheben sich inmitten saftigen Grüns die Büsten Sr. Maj. des Königs und des Prinzen Georg. Der Musikpavillon, welcher inmitten des großen Hal-